

Peter V. Kunz
Oliver Arter
Florian S. Jörg
(Herausgeber)

Entwicklungen im Gesellschaftsrecht IV

Lukas Glanzmann
Heribert Hirte
Florian S. Jörg
Peter Jung
Heinrich Koller
Peter V. Kunz
Clemens Meisterhans
Urs Schenker



Stämpfli Verlag AG Bern • 2009

Peter V. Kunz
Oliver Arter
Florian S. Jörg
(Herausgeber)

Entwicklungen im Gesellschaftsrecht IV

Entwicklungen im Gesellschaftsrecht IV

Herausgegeben von:

PETER V. KUNZ

OLIVER ARTER

FLORIAN S. JÖRG

Mit Beiträgen von:

LUKAS GLANZMANN

HERIBERT HIRTE

FLORIAN S. JÖRG

PETER JUNG

HEINRICH KOLLER

PETER V. KUNZ

CLEMENS MEISTERHANS

URS SCHENKER



Stämpfli Verlag AG Bern · 2009

© Stämpfli Verlag AG Bern

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2009

Gesamtherstellung:
Stämpfli Publikationen AG, Bern
Printed in Switzerland

ISBN 978-3-7272-9663-5

© Stämpfli Verlag AG Bern

Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Recht der personenbezogenen Gesellschaften

PETER JUNG*

Inhaltsverzeichnis

1.	Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Personengesellschaftsrecht.....	20
1.1	Juristische Personen und verselbständigte Rechtsgemeinschaften als unbeschränkt haftende Personenhandelsgesellschafter	21
1.2	Abgrenzung zwischen Personenhandelsgesellschaften und einfachen Gesellschaften.....	23
2.	Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Recht der GmbH.....	24
2.1	Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Einzelunternehmen.....	25
2.2	Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Familiengesellschaften	26
2.2.1	Neue Möglichkeiten zur Sicherung des Familieneinflusses	26
2.2.2	Gewährleistung einer kompetenten und engagierten Geschäftsführung.....	27
2.2.3	Kontrollausübung der nicht an der Geschäftsführung beteiligten Familienmitglieder	28
2.2.4	Einräumung überproportionaler Vermögensrechte.....	28
2.2.5	Auflösung von Blockaden der Gesellschaft	28
2.2.6	Firmierung.....	29
2.2.7	Revision	29
2.3	Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Freiberufler	30
2.3.1	Beseitigung gesellschaftsrechtlicher Anerkennungshindernisse.....	31
2.3.2	Beseitigung berufsständischer Anerkennungshindernisse	32
2.3.2.1	Sicherung der Kontrolle durch Berufsträger.....	32
2.3.2.2	Wahrnehmung der Geschäftsführung durch Berufsträger	33
2.3.2.3	Erfüllung von Berufspflichten	33
2.4	Neue Gestaltungsmöglichkeiten für die Betreiber kapitalintensiver Unternehmen	34
2.5	Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Konzern	35
2.5.1	Einflussnahme auf die GmbH-Tochtergesellschaft	35
2.5.1.1	Einflussnahme durch die Muttergesellschaft als Geschäftsführerin?	35
2.5.1.2	Einflussnahme durch die Muttergesellschaft als Gesellschafterin.....	37
2.5.2	Vermögensverschiebungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft.....	39
2.5.3	Schutz von Minderheitsgesellschaftern in der GmbH-Tochtergesellschaft.....	39

* Der Verfasser dankt den Herren MARTIN FREY, Dr. HERBERT WOHLMANN und Dr. MARTIN PETRIN für hilfreiche Anregungen aus der Sicht der Praxis.

2.6	Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Gemeinschaftsunternehmer	40
3.	Schlussbemerkung.....	40
	Literatur- und Materialienverzeichnis.....	42

Während sich das Schweizer Kapitalgesellschaftsrecht in einem permanenten Umbruch befindet, herrscht im Personengesellschaftsrecht überwiegend Kontinuität. Naturgemäss sind zudem seit jeher die Gestaltungsmöglichkeiten im Recht der Personengesellschaften stärker ausgeprägt als im Recht der Kapitalgesellschaften. Der folgende Überblick über aktuelle Entwicklungen im Recht der personenbezogenen Gesellschaften wird sich daher auf die durch das revidierte GmbH-Recht entstandenen neuen Gestaltungsmöglichkeiten konzentrieren und nur eingangs kurz auf das Personengesellschaftsrecht eingehen.

1. Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Personengesellschaftsrecht

Die zum 1.1.2008 in Kraft getretenen Gesetzesänderungen hatten keine Auswirkungen auf die Gestaltungsmöglichkeiten von Personengesellschaften. Auch die im Berichtszeitraum (Januar 2007 bis Juni 2008) ergangene Rechtsprechung enthält insoweit lediglich bestätigende Aussagen¹. Im Folgenden soll daher nur auf zwei Neuerungen im Recht der kollektiven Kapitalanlagen (Art. 98 Abs. 2 S. 1 KAG) bzw. im Handelsregisterrecht (Art. 36 HRegV n.F.) hingewiesen und auf ihre Bedeutung für das allgemeine Recht der Personenhandelsgesellschaften eingegangen werden.

¹ BGer 4C.352/2006 vom 25. Januar 2007 E.3.2.2 (Duldung der ein kaufmännisches Gewerbe betreibenden und eine juristische Person zu ihren Gesellschaftern zählenden ARGE als einfache Gesellschaft); in BGer 4C.30/2007 vom 16. April 2007 E. 4.2.3, wird lediglich bestätigt, dass die Gesellschafter einer einfachen Gesellschaft weitere Untergesellschaften bilden könnten, was sich auch bereits aus Art. 542 Abs. 2 OR ergibt; die Entscheidung BGer 4C.217/2006 vom 15. August 2007 verdeutlicht erneut, wie wichtig es ist, eine ausdrücklich nicht abschliessende Liste von aussergewöhnlichen Geschäften in den Personengesellschaftsvertrag aufzunehmen (vgl. dazu als Anregung auch die umfangreichen Kataloge gewöhnlicher bzw. aussergewöhnlicher Geschäfte in BK-FELLMANN/MÜLLER, N 82 bzw. 87 zu Art. 535 OR).

1.1 Juristische Personen und verselbständigte Rechtsgemeinschaften als unbeschränkt haftende Personenhandelsgesellschaften

Die bedeutsamste gesetzgeberische Neuerung der letzten Jahre im Personengesellschaftsrecht stellt die Schaffung einer Kollektivgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen dar. Da dieser neuen Gesellschaftsform mit beschränktem Anwendungsbereich² jedoch ein eigener Beitrag gewidmet ist³, soll an dieser Stelle nur auf einen für das gesamte Personengesellschaftsrecht relevanten Aspekt der Neuregelung hingewiesen werden. Nach Art. 98 Abs. 2 S. 1 KAG ist die Kollektivgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen nämlich dadurch gekennzeichnet, dass als Komplementärin nur eine Aktiengesellschaft fungieren kann.

Diese Regelung steht im klaren Gegensatz zu Art. 594 Abs. 2 OR, wonach unbeschränkt haftende Gesellschafter nur natürliche Personen sein können, und damit auch zu der entsprechenden Regelung für die Kollektivgesellschaft in Art. 552 Abs. 1 OR. Von der Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter einer Kollektivgesellschaft und einer gewöhnlichen Kommanditgesellschaft sind damit jedenfalls die juristischen Personen ausgeschlossen⁴. Entsprechendes dürfte für die aufgrund ihrer rechtlichen Verselbständigung im Aussenverhältnis zu einer eigenen Mitgliedschaft fähigen Rechtsgemeinschaften gelten, so dass auch die Personenhandelsgesellschaften (Art. 562, 602 OR)⁵ und die Stockwerkeigentümergemeinschaft (Art. 712f ZGB) nicht als unbeschränkt haftende Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft in Betracht kommen⁶. Angesichts dieser klaren Vorgabe des Gesetzes glaubte die h.M. dem erheblichen praktischen Bedürfnis nach der Anerkennung derartiger Gesellschaften nur dadurch nachkommen zu können, dass man sie nach Art. 530 Abs. 2 OR grundsätzlich als einfache Gesellschaften behandelte, sie dann jedoch teilweise wieder den analog herangezogenen drittschützenden Son-

² Die Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen darf nur zum ausschliesslichen Zweck der kollektiven Kapitalanlage gegründet werden, und ihre Kommanditäre dürfen nur qualifizierte Anleger i.S.v. Art. 10 Abs. 3 KAG sein.

³ Siehe dazu den Beitrag von PETER V. KUNZ in diesem Band.

⁴ Vgl. auch Art. 41 HRegV a.F.

⁵ Vgl. auch Art. 41 HRegV a.F.

⁶ Näher JUNG, 5 ff.

derregelungen des Handelsgesellschaftsrechts unterwarf⁷. Dies hat das Bundesgericht kürzlich auch noch einmal bestätigt⁸.

Mit der Neuregelung in Art. 98 Abs. 2 S. 1 KAG ergibt sich jetzt ein Weg aus dem soeben skizzierten Dilemma: Man kann nämlich nunmehr historisch, systematisch und teleologisch gegen den Wortlaut von Art. 552 Abs. 1 OR und Art. 594 Abs. 2 OR argumentieren. Denn offenbar scheint der Schweizer Gesetzgeber selbst nicht mehr von seiner bei der Schaffung des Verbots im Jahre 1936 gegebenen Begründung⁹, wonach nur bei natürlichen Personen die Gewähr für eine hinreichende Transparenz der Gesellschafterzusammensetzung¹⁰ und die Effektivität der persönlichen unbeschränkten Haftung¹¹ gegeben sei, überzeugt¹². Unter systematischen Gesichtspunkten ist zudem kein Grund für eine entsprechende Differenzierung zwischen der Kollektivgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen und den anderen Personenhandelsgesellschaften zu erkennen. Bei allen

⁷ BGE 79 I 179 E. 2 (Handelsregisterpublizität) und BGE 93 II 387 E. 3 (Liquidation); eingehend dazu VONZUN, Rechtsnatur, N 577 ff. und 755 ff.; krit. und für die Behandlung als fehlerhafte Gesellschaft plädierend JUNG, 23 ff. m.w.N.

⁸ BGer 4C.352/2006 vom 25. Januar 2007.

⁹ Siehe StenBull StR 1935, 79, sowie StenBull StR 1931, 152, und StenBull NR 1934, 229.

¹⁰ Vor diesem Hintergrund werden gestufte Gesellschaftsverhältnisse als problematisch angesehen; dazu etwa VON STEIGER, 479, und ZK-SIEGWART, N 11 zu Art. 552, 553 OR.

¹¹ Siehe dazu etwa VON STEIGER, 479, und den Hinweis von VONZUN, Rechtsnatur, N 519, auf die Voten von Egger und A. Wieland in den Protokollen der Expertenkommission von 1928.

¹² Siehe dazu die Begründung zu Art. 98 Abs. 2 KAG in der Botschaft zum Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 1.11.2005, BBl 2005, 6395, 6424: „Der General Partner der angelsächsischen Limited Partnership ist in der Regel eine juristische Person. Daher sieht die Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen in Abweichung von Artikel 594 Absatz 2 OR ebenfalls vor, dass der unbeschränkt haftende Gesellschafter eine juristische Person in der Form einer Aktiengesellschaft sein muss. Aktiengesellschaften müssen ihre Jahresrechnung und ihr Jahresergebnis publizieren und eingegangene Verpflichtungen offen legen und bieten diesbezüglich mehr Transparenz als natürliche Personen. Dies gilt auch für das Haftungssubstrat des unbeschränkt haftenden Gesellschafters: im Unterschied zu einer natürlichen Person, die mit ihrem gesamten Vermögen (Privat- und Geschäftsvermögen) einzustehen hat, ist dieses zwar bei der Aktiengesellschaft beschränkt, aber aus dem Handelsregister und der Jahresrechnung transparent ersichtlich. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass natürliche Personen als Komplementäre die mit Private-Equity-Anlagen verbundenen Risiken nicht tragen würden und diese Rechtsform ohne diese Abweichung zu einer Totgeburt würde“; siehe zu einer eingehenden Kritik der Ansätze zur Rechtfertigung der Art. 552 Abs. 1 OR und Art. 594 Abs. 2 OR auch JUNG, 9 ff.; zweifelnd bereits seinerzeit der Ständerat (StenBull StR 1935, 79).

Personenhandelsgesellschaften haben die Gläubiger ein vergleichbares Interesse an der Transparenz und Seriosität der Haftungsverhältnisse. Der Wortlaut von Art. 552 Abs. 1 OR und von Art. 594 Abs. 2 OR könnte mithin künftig schlicht ignoriert und die betreffenden Gesellschaften unmittelbar als Kollektiv- bzw. Kommanditgesellschaften dem Personenhandelsgesellschaftsrecht mit seinen drittschützenden Sonderregelungen im Bereich der rechtlichen Verselbständigung (Art. 562, 602 OR), der Registerpublizität (Art. 927 ff. OR), des Firmenordnungsrechts (Art. 944 ff. OR), der Rechnungslegung (Art. 957 ff. OR), der Vertretung (Art. 458 ff., 563 f., 603 OR) und der Haftung (Art. 567 Abs. 3, 568, 604, 605 ff. OR) unterstellt werden.

1.2 Abgrenzung zwischen Personenhandelsgesellschaften und einfachen Gesellschaften

Die Einordnung als einfache Gesellschaft oder als Personenhandelsgesellschaft ist unabhängig vom Willen der Gesellschafter nach objektiven Kriterien zu beurteilen und als eine der Beschwerde an das Bundesgericht zugängliche Rechtsfrage anzusehen. Dies hat jüngst auch noch einmal das Kassationsgericht Zürich festgehalten¹³.

Die Abgrenzungsfrage wurde bislang massgeblich durch die Vorschriften über die Definition des kaufmännischen Gewerbes in den Art. 52 ff. HRegV a.F. bestimmt. Es ist daher von Interesse, dass diese Vorschriften in der zum 1.1.2008 in Kraft getretenen Handelsregisterverordnung¹⁴ etwas unbedacht zusammengestrichen wurden. Immerhin blieb die Definition des Gewerbes in Art. 2 lit. b HRegV mit genereller Geltung erhalten. Damit sind auch weiterhin alle Personengesellschaften, die klassische und das heisst vor allem kleinere freiberufliche, land- und forstwirtschaftliche oder handwerkliche Unternehmen betreiben, mangels Gewerbebetriebs zwingend als einfache Gesellschaften zu qualifizieren¹⁵. Die konkretisie-

¹³ Beschluss vom 19. Dezember 2007 (AA070033).

¹⁴ Handelsregisterverordnung (HRegV) vom 17. Oktober 2007 (SR 221.411), AS 2007 4851; der Begleitbericht zum Vernehmlassungsentwurf für eine Totalrevision der Handelsregisterverordnung vom 28. März 2007 ist abrufbar unter: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/1399/Bericht.pdf>.

¹⁵ Nach Ziff. 3.13 des Begleitberichts (N. 14) sollten die Freiberufler von den vorgenommenen Änderungen ausdrücklich unberührt bleiben; zur bisherigen Rechtslage, wonach allerdings grössere nach kaufmännischen Grundsätzen geführte Betriebe als

rende Regelung zur Eintragungspflicht der Betreiber kaufmännischer Gewerbe (bislang allgemein geregelt in Art. 52 ff. HRegV a.F.) wurde jedoch inhaltlich gekürzt und – systematisch verfehlt – auf Einzelunternehmen beschränkt (Art. 36 HRegV n.F.). Es handelt sich um einen Irrtum des Verordnungsgebers, so dass die zu enge Regelung insbesondere unter Einschluss der Mindestjahresroheinnahmenschwelle von CHF 100'000 (Art. 36 Abs. 1 HRegV) und der fakultativen Eintragungsoption (Art. 36 Abs. 4 HRegV) analog auch auf die von Personengesellschaften betriebenen Unternehmen anzuwenden ist.

2. Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Recht der GmbH

Die zum 1.1.2008 in Kraft getretenen Änderungen im Recht der GmbH¹⁶ setzen der Gestaltungsfreiheit der (Gründer-)Gesellschafter neue Grenzen, die die Spielräume im Vergleich zum alten Recht teilweise erweitern und teilweise einengen¹⁷. Im Folgenden sollen die entsprechenden Änderungen mit Blick auf die besonderen Gestaltungsbedürfnisse von Einzelunternehmen, Familiengesellschaftern, Freiberuflern, Betreibern kapitalintensiver Unternehmen, Konzernmuttergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen kurz vorgestellt werden.

kaufmännische Gewerbe zu betrachten sind, siehe etwa BGE 100 1b 345, BGE 130 III 707 und BGE 124 III 363.

¹⁶ Materialien zum Gesetzgebungsverfahren finden sich unter http://www.bj.admin.ch/bj/de/home/themen/wirtschaft/gesetzgebung/abgeschlossene_projekte/gmbh.html; aus der Fülle der Literatur zum neuen GmbH-Recht siehe nur: BÖCKLI, GmbH-Recht; BÖCKLI/RUEDIN/VON PLANTA/DUC; CHAPPUIS, Introduction; FORSTMOSER/PEYER/SCHOTT; HANDSCHIN/TRUNIGER; KOLLER; KÜNG/CAMP; MONTAVON; NUSSBAUM/SANWALD/SCHIEDEGGER; REBSAMEN; SIFFERT/FISCHER/PETRIN.

¹⁷ Siehe dazu auch die neuen Musterstatuten GmbH des EHRA in der Fassung vom 15.10.2007, mit einem Kommentar abgedruckt in REPRAX 2007, 25 ff., und abrufbar unter: <http://www.bj.admin.ch/etc/medialib/data/wirtschaft/gesetzgebung/gmbh.Par.0030.File.tmp/musterstatuten-tabelle-d.pdf>.

2.1 Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Einzelunternehmen

Einzelunternehmern ist seit 1.1.2008 bekanntlich die direkte Gründung einer Einpersonen-GmbH möglich¹⁸. Hierdurch wird nicht allein die Strohpersonengründung obsolet. Dem Einzelunternehmer wird zugleich die Gründung einer Personengesellschaft erleichtert. So kann er ganz allein eine einfache Gesellschaft gründen, indem er den Gesellschaftsvertrag entweder mit einer von ihm gegründeten Einpersonen-GmbH abschliesst oder den Gesellschaftsvertrag zur Vermeidung einer persönlichen unbeschränkten Haftung gleich durch zwei von ihm jeweils allein gegründete GmbHs abschliessen lässt. Selbst der Betrieb eines kaufmännischen Gewerbes wäre einer solchen Gesellschaft möglich. Sie wäre entweder mit der bislang h.M. nach Art. 530 Abs. 2 OR als einfache Gesellschaft mit handelsrechtlichem Sonderstatus zu behandeln¹⁹ oder nunmehr vor dem Hintergrund von Art. 98 Abs. 2 KAG unmittelbar als Kollektivgesellschaft anzusehen²⁰. Möglich ist es dem Einzelunternehmer ferner, auf diese Weise eine Kommanditgesellschaft mit sich selbst als Komplementär und der GmbH als Kommanditärin zu gründen. Sofern es sich bei dem Abschluss des jeweiligen Gesellschaftsvertrags um ein Insichgeschäft des Einzelunternehmers handeln sollte, bedürfte der Personengesellschaftsvertrag aufgrund der neuen Regelung von Art. 814 Abs. 4 i.V.m. Art. 718b OR allerdings abweichend von Art. 11 Abs. 1 OR der Schriftform.

Der Alleingesellschafter einer GmbH kann neu auch mehrere Anteile an seiner GmbH halten (Art. 772 Abs. 2 OR: „mindestens“). Dies ist ihm unter Ausnutzung des neuen Mindestnennwerts von CHF 100 (Art. 774 Abs. 1 S. 1 OR) auch dringend anzuraten. Hierdurch wird ihm nämlich später die allfällige Aufnahme eines weiteren Gesellschafters erleichtert. Es genügt die Abtretung eines Teils der Stammanteile, die vom Gesetz nunmehr bekanntlich nur noch an die Schriftform (Art. 785 Abs. 1 OR) und einen Mindestinhalt des Vertrags (Art. 785 Abs. 2 OR)²¹ gebunden ist. Die eine Änderung der Statuten erfordernde vorgängige Durchführung einer Kapitalerhöhung oder Anteilsteilung erübrigt sich.

¹⁸ Zu den dadurch aufgeworfenen Fragen der Rechtsformwahl BEELER, 47 ff.

¹⁹ Siehe dazu bereits oben bei Fn. 7.

²⁰ Siehe dazu bereits oben bei Fn. 9 ff.

²¹ Art. 785 Abs. 2 OR bildet keine blosser Ordnungsvorschrift, sondern stellt ein Gültigkeitserfordernis auf (dazu ARNET, RUTH: Das neue GmbH-Recht im Licht der neuen Handelsregisterverordnung, Vortrag vom 24.1.2008 vor dem Zürcherischen Juristenverein, erscheint demnächst).

2.2 Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Familiengesellschaften²²

2.2.1 Neue Möglichkeiten zur Sicherung des Familieneinflusses

Familiengesellschaften sind zur Sicherung des Familieneinflusses in besonderem Masse auf eine möglichst flexible Vinkulierungsregelung angewiesen, wie sie ihnen das neue GmbH-Recht bekanntermassen bietet. Neben der gesetzlichen Regellage, wonach zur Abtretung von Stammanteilen die Zustimmung der Gesellschafterversammlung erforderlich ist, die aus beliebigen, nicht zu nennenden Gründen verweigert werden kann (Art. 786 Abs. 1 OR), sind auch ein statutarischer Ausschluss der Abtretung (Art. 786 Abs. 2 Ziff. 4 OR), ein statutarischer Verzicht auf die Vinkulierung (Art. 786 Abs. 2 Ziff. 1 OR) sowie diverse statutarische Abschwächungen derselben zulässig (Art. 786 Abs. 2 Ziff. 2, 3 und 5 OR).

Einzelnen oder allen Familienmitgliedern kann ferner in den Statuten ein nunmehr ausdrücklich im Gesetz vorgesehenes unübertragbares Vetorecht gegen bestimmte Beschlüsse der Gesellschafterversammlung eingeräumt werden (Art. 807 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 OR)²³. Die dem Vetorecht unterliegenden Beschlussgegenstände sind in den Statuten genau zu bezeichnen (Art. 807 Abs. 1 S. 2 OR). Ein Vetorecht, das sich unmittelbar gegen Entscheidungen der Geschäftsführer richten würde, kann zwar nicht eingeführt werden, doch können die Statuten bestimmte Entscheidungen der Geschäftsführer von der Zustimmung der Gesellschafterversammlung (Art. 811 Abs. 1 Ziff. 1 OR) und damit mittelbar von der Nichtausübung eines insoweit statutarisch eingeführten Vetorechts abhängig machen.

Ein weiteres Instrument der Einflussicherung bildet die Abkehr vom Kapitalprinzip. Zwar wird die bisherige Gestaltungsfreiheit in Anlehnung an das Aktienrecht neu etwas eingeschränkt. Dennoch kann das Stimmgewicht von Familienmitgliedern durch die statutarische Beschränkung des Stimmrechts von familienfremden Inhabern mehrerer Stammanteile (Art. 806 Abs. 1 S. 2 OR) ebenso überproportional ausgestaltet werden wie durch die Einführung von Stimmrechtsstammanteilen mit einem ma-

²² Als Familiengesellschaften sollen hier Gesellschaften verstanden werden, an denen ausschliesslich oder zumindest in dominierender Stellung Personen beteiligt sind, die durch Verwandtschaft, Eheschliessung oder vergleichbare persönliche Beziehungen verbunden sind, so dass das Erscheinungsbild der Gesellschaft massgeblich durch das Selbstverständnis und Wertesystem einer oder mehrerer Familien sowie durch das verwandt- bzw. schwägerschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl bestimmt wird.

²³ Generell zum Vetorecht nach Art. 807 OR auch OLIVAR PASCUAL/ROTH, 470 f.

ximal zehnfachen Stimmgewicht (Art. 806 Abs. 2, 808b Abs. 1 Ziff. 2 OR). Entsprechende Privilegien gelten jedoch wie im Aktienrecht nicht für alle Beschlüsse (Art. 806 Abs. 3 OR). Ihre Bedeutung wird zudem bei wichtigen Beschlüssen durch das zusätzliche Erfordernis der Kapitalmehrheit eingeschränkt (Art. 808b Abs. 1 OR).

Schliesslich kann die Gesellschaft beim Austritt oder Ausschluss eines Gesellschafters wie bislang eigene Anteile erwerben. Zwar wurde mit der Revision hierfür grundsätzlich die auch im Aktienrecht als Regel geltende Grenze von 10 % des Stammkapitals eingeführt. Die GmbH kann jedoch neu gerade im Zusammenhang mit dem Austritt oder Ausschluss eines Gesellschafters ausnahmsweise bis zu 35 % der Stammanteile vorübergehend selbst erwerben und dann die über 10 % hinausgehenden Stammanteile innerhalb von maximal zwei Jahren verzögert an den oder die verbliebenen Familiengesellschafter abgeben oder durch eine Kapitalherabsetzung vernichten (Art. 783 Abs. 2 OR). Hierdurch wird die Übernahme der Anteile durch Familienmitglieder und damit die Sicherung des Familieneinflusses erheblich erleichtert.

2.2.2 Gewährleistung einer kompetenten und engagierten Geschäftsführung

Ein weiteres bedeutendes Anliegen in Familiengesellschaften bildet die Gewährleistung einer kompetenten und engagierten Geschäftsführung. Bei der Aufgabenteilung zwischen aktiven und passiven Familiengesellschaftern muss den individuellen Bedürfnissen der jeweiligen Familie Rechnung getragen werden. Insoweit ist es hilfreich, dass der auch im neuen GmbH-Recht beibehaltene und sogar über die Gründungsgesellschafter hinaus auf sämtliche Gesellschafter ausgedehnte Grundsatz der Selbstorganschaft (Art. 809 Abs. 1 S. 1 OR) wie bisher dispositiv ist. Neu ist in diesem Zusammenhang, dass die von der Gesellschafterversammlung gewählten Geschäftsführer von dieser jederzeit und ohne Grund auch dann durch einfachen Beschluss der Gesellschafterversammlung abberufen werden können, wenn sie Gesellschafter sind (Art. 815 Abs. 1 OR). Voraussetzung ist allerdings, dass zuvor auch die Wahl des abzuberufenden Gesellschafter-Geschäftsführers durch die Gesellschafterversammlung erfolgt ist. Da dies nicht der gesetzlichen Regellage entspricht, die nach dem Grundsatz der Selbstorganschaft die Gesellschafter als geborene Geschäftsführer betrachtet, ist hierfür eine abweichende statutarische Regelung nach Art. 809 Abs. 1 S. 2 OR erforderlich. Eine solche Regelung

ist dringend anzuraten, da die Ausübung von Geschäftsführungsfunktionen durch unfähige Familienmitglieder zu den Hauptproblemen von Familiengesellschaften gehört und nach neuem Recht die Entziehung oder Beschränkung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis aus wichtigem Grund einer Gerichtsentscheidung bedarf.

2.2.3 Kontrollausübung der nicht an der Geschäftsführung beteiligten Familienmitglieder

Die nicht an der Geschäftsführung beteiligten Familienmitglieder haben ein Interesse daran, die Geschäftsführung angemessen zu kontrollieren. Zur Kontrollausübung verfügen alle Gesellschafter neu über ein umfassendes zwingendes Auskunfts- und Einsichtsrecht (Art. 802 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 OR), das die statutarische Vereinbarung eines Rechts auf Sonderprüfung überflüssig bzw. (sofern damit eine Einschränkung des umfassenden Informations- und Einsichtsrechts verbunden sein sollte) sogar unzulässig macht. Lediglich bei Bestehen einer Revisionsstelle ist das Recht auf Einsicht von der Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses abhängig (Art. 802 Abs. 2 S. 2 OR). Im Übrigen können diese Kontrollrechte nur noch bei Gefährdung der Gesellschaft und Verletzung der Treuepflicht eingeschränkt werden (Art. 802 Abs. 3, 803 Abs. 2 S. 1 OR).

2.2.4 Einräumung überproportionaler Vermögensrechte

In einer Familiengesellschaft kann zudem das Bedürfnis entstehen, einzelnen Gesellschaftern überproportionale Vermögensrechte einzuräumen. Dies kann nicht nur durch eine vom Kapitalprinzip (Art. 798 Abs. 3 Hs. 1 OR) abweichende Statutenregelung geschehen (Art. 798 Abs. 3 Hs. 2 OR). Für die Familienmitglieder können auch Vorzugsstammanteile geschaffen werden, was nunmehr ausdrücklich gesetzlich vorgesehen ist (Art. 799 OR). Die geschäftsführenden Familienmitglieder können zudem Tantiemen erhalten (Art. 798b OR).

2.2.5 Auflösung von Blockaden der Gesellschaft

Ein Problem von Familiengesellschaften bildet ihr erhebliches Streitpotential. Gerade im Zusammenhang mit Vetorechten oder Pattsituationen kann dies zur Blockade der Gesellschaft führen. Ultima ratio ist in diesem

Fall die Auflösung der Gesellschaft aus wichtigem Grund, die jeder Gesellschafter beim Gericht beantragen kann. Da der Richter nunmehr nach dem Vorbild des Aktienrechts auch bei der GmbH auf eine andere sachgemässe und den Beteiligten zumutbare Lösung erkennen kann²⁴, sollte der Gesellschafter die anderen aus seiner Sicht in Betracht kommenden Lösungen eventualiter beantragen. Eine direkte Klage auf die sachgemässe Lösung sieht Art. 821 Abs. 3 OR hingegen nicht vor²⁵. Empfehlenswert ist es zudem, für den Fall, dass die Blockade auf einen bestimmten Gesellschafter zurückzuführen ist, ein statutarisches Recht zum Ausschluss dieses Gesellschafters durch die Gesellschafterversammlung nach Art. 823 Abs. 2, 808b Abs. 1 Ziff. 9 OR vorzusehen.

2.2.6 Firmierung

Für Familiengesellschaften, die einen gängigen Familiennamen in die Firma integrieren möchten, ist die Firmenbildung nach neuem Recht insofern erschwert, als der Schutzbereich bereits eingetragener Firmen nach Art. 951 Abs. 2 OR nicht mehr nur auf denselben Ort, sondern nunmehr auf die ganze Schweiz ausgedehnt wurde. Gewinnt die neue GmbH im Rechtsverkehr an Prestige, wird sie auch der nach Art. 950 S. 2 OR nunmehr zwingende Firmenzusatz „GmbH“ nicht länger im Geschäftsverkehr beeinträchtigen.

2.2.7 Revision

Die Regelungen zur ordentlichen Revision sind auch für Familien-GmbHs zwingend. Die eingeschränkte Revision kann jedoch bei durchschnittlich weniger als zehn Vollzeitstellen mit der Zustimmung aller Gesellschafter nicht nur gänzlich ausgeschlossen (Art. 818 Abs. 1 i.V.m. Art. 727a Abs. 2 OR)²⁶, sondern auch im Sinne eines weniger einschneidenden sog.

²⁴ Zur Problematik dieser aus dem angelsächsischen Gesellschaftsrecht stammenden Regelung im Aktienrecht eingehend BÖCKLI, Aktienrecht, § 16 N 195 ff.

²⁵ A.A. offenbar für das Aktienrecht BÖCKLI, Aktienrecht, § 16 N 212.

²⁶ Die mit Zustimmung aller Gesellschafter abzugebende Verzichtserklärung kann etwa mit folgendem Wortlaut auch in die Gründungsurkunde integriert werden: „*Sämtliche Gründer erklären, dass die Gesellschaft nicht der ordentlichen Revision unterliegen wird. Sie erklären, auf die eingeschränkte Revision und damit auf die Wahl einer Revisionsstelle zu verzichten, weil das Unternehmen der zu gründenden Gesellschaft nicht mehr als zehn Vollzeitstellen haben wird.*“ Ist unklar, ob im Unternehmen der Gesellschaft auf Dauer weniger als zehn Vollzeitstellen bestehen werden, kann in die

Opting down etwa auf ein Familienmitglied übertragen werden (sog. Laienrevision)²⁷. Dem Handelsregisteramt hat man dann allerdings auch durch die Einreichung einiger Dokumente nachzuweisen, dass die Voraussetzungen für den Verzicht auf die eingeschränkte Revision vorliegen (Art. 62 HRegV).

2.3 Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Freiberufler

Als Gesellschaftsform mit einer vollständig beschränkten Haftung bietet sich den Freiberuflern nicht mehr nur die Aktiengesellschaft, sondern nunmehr auch die GmbH an²⁸. Der Betrieb eines freiberuflichen Unternehmens durch Kapitalgesellschaften ist freilich noch nicht für alle freien Berufe und in allen Kantonen anerkannt²⁹. So hat etwa die Anwaltsaufsichtskommission Basel-Landschaft in einer Auskunft vom 30.8.2005³⁰ noch ausdrücklich die Ausübung einer forensischen und auch sonstigen Anwaltstätigkeit durch eine Anwalts-GmbH ausgeschlossen. Zulässig sei lediglich der Zusammenschluss zu sog. Betriebsgesellschaften, die die von Anwälten benötigte Infrastruktur zur Verfügung stellen könnten. Die Regierung des Halbkantons hat im September 2007 jedoch auf eine Interpellation hin signalisiert, dass die Aufsichtskommission an der Entscheidung von 2005 nicht länger festhalten und vielmehr dem Beispiel anderer Kantone³¹ folgen wolle³².

Statuten die folgende zukunfts offene Regelung aufgenommen werden: „Die Generalversammlung wählt eine Revisionsstelle. Sie kann auf die Wahl einer Revisionsstelle verzichten, wenn die Gesellschaft nicht zur ordentlichen Revision verpflichtet ist, sämtliche Aktionäre zustimmen und die Gesellschaft nicht mehr als zehn Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat.“

²⁷ Siehe näher zum sog. Opting down in Anlehnung an Art. 727a Abs. 2 OR den Beitrag von HEINRICH KOLLER in diesem Band.

²⁸ Zur GmbH als Rechtsform für Anwaltssozietäten insbesondere FELLMANN, Rechtsformen, 74 ff.

²⁹ Siehe zur Zulassung von Anwalts-Kapitalgesellschaften die Übersicht unter http://www.bgfa.ch/de/02_rechtsprechung/03_kantone.htm sowie die Beiträge von VONZUN, Anwalts-Kapitalgesellschaft, 447 ff.; KÜNG, Jusletter vom 15.1.2007; FELLMANN, Zulässigkeit, 22 ff.; STAEHELIN, 67 ff.; GNOS, 1 ff.

³⁰ Abgedruckt in Jusletter vom 15.1.2007.

³¹ Beschluss Nr. KF060026/U der kantonalzürcherischen Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte vom 5. Oktober 2006, abgedruckt in Jusletter vom 15.1.2007; Verfügung der Anwaltskommission des Kantons Obwalden vom 29. Mai 2006 (dazu auch KÜNG) und Vorbescheid der Anwaltskammer Bern vom 27. Februar 2007 (beide abrufbar unter <http://www.swisslawyers.com> im Memberbereich des SAV).

Die Anerkennung von Kapitalgesellschaften als Trägerinnen freiberuflicher Unternehmen stösst auf gesellschaftsrechtliche und vor allem auf berufsständische Hindernisse. Mit Hilfe der neuen Gestaltungsmöglichkeiten im Recht der GmbH können diese Hindernisse nunmehr jedoch leichter aus dem Weg geräumt werden.

2.3.1 Beseitigung gesellschaftsrechtlicher Anerkennungs- hindernisse

Ein durch das bisherige GmbH-Recht bestehendes gesellschaftsrechtliches Hindernis wurde durch das neue Recht ausgeräumt. Denn mit der inzwischen erfolgten Anerkennung auch ideeller GmbH-Zwecke erübrigt sich die Diskussion um die wirtschaftliche Natur der freiberuflichen Tätigkeit. Künftig können einfach neben dem Betrieb des freiberuflichen Unternehmens auch weitere ideelle oder gemeinnützige Zwecke wie die Förderung der Rechts- oder Gesundheitspflege in die Statuten aufgenommen werden. Auch der von den Aufsichtskommissionen verschiedentlich verlangte einschränkende Hinweis auf eine Zweckverfolgung nach Massgabe der berufsständischen Regelungen³³ begegnet damit seit 1.1.2008 keinen GmbH-rechtlichen Bedenken mehr.

Die unzureichende Publizität des Gesellschafterkreises kann der GmbH anders als der Aktiengesellschaft ohnehin nicht zum Vorwurf gemacht werden, da die jeweiligen Gesellschafter nach Art. 791 OR zur deklaratorischen Eintragung in das Handelsregister anzumelden sind. Sofern der verbreitete Firmenbestandteil „Advokatur“ oder ähnliche Sachzusätze von der zuständigen Aufsichtskommission als problematisch angesehen werden sollten, weil nur die bei der GmbH angestellten Anwälte und nicht die GmbH selbst über die Berufszulassung verfügen können³⁴, ist dieser notfalls zu vermeiden.

³² Präsidentin der Anwaltsaufsichtskommission Basel-Landschaft, zitiert nach MENSCH, Wenn Partner Lohnempfänger werden, Basler Zeitung vom 27.11.2007.

³³ Anwaltskommission Obwalden vom 29. Mai 2006, zitiert nach KÜNG, Rz. 37; nach Ansicht der kantonalzürcherischen Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte (Beschluss Nr. KF060026/U vom 5. Oktober 2006, abgedruckt in Jusletter vom 15.1.2007) braucht allerdings auf die nach Art. 12 BGFA ohnehin bestehende Bindung an die geltenden Berufsregeln bei der Umschreibung des Zweckes in den Statuten der Anwalts-Aktiengesellschaft nicht eigens hingewiesen zu werden (Ziff. IV.2.4).

³⁴ Insoweit Bedenken äussernd Aufsichtskommission Basel-Landschaft vom 30.8.2005, Jusletter vom 15.1.2007.

2.3.2 Beseitigung berufsständischer Anerkennungshindernisse

Nach Art. 12 lit. b BGFA haben Anwälte ihren Beruf in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung auszuüben. Nur natürlichen Personen ist es möglich, Anwaltsmandate auszuführen und Klienten vor Gericht zu vertreten. Anwälte können nach Art. 8 Abs. 1 lit. d BGFA auch nur Angestellte von Personen sein, die ihrerseits in einem kantonalen Register eingetragen sind. Nach Art. 13 BGFA unterliegen die Anwälte zudem einem sich auch auf ihre Hilfspersonen erstreckenden Berufsgeheimnis. Aus diesen berufsständischen Regelungen wurden nicht nur Bedenken gegen die Organisation von Freiberuflern in Kapitalgesellschaften überhaupt abgeleitet³⁵. Auch im Falle einer Zulassung machten die zuständigen Stellen diese von der Gewährleistung einer unabhängigen und fachkundigen Ausübung der freiberuflichen Tätigkeit durch natürliche Personen und die Wahrung der berufsständischen Vorgaben abhängig³⁶. Die damit verbundenen Anforderungen an die Ausgestaltung der Statuten können jedoch auch bei der neuen GmbH einfacher erfüllt werden als bei der Aktiengesellschaft³⁷.

2.3.2.1 *Sicherung der Kontrolle durch Berufsträger*

Die dauerhafte Kontrolle durch Berufsträger³⁸ kann ohne weiteres durch eine Vinkulierung der Stammanteile sichergestellt werden. Die Vinkulierung stellt nämlich bei der GmbH die voraussetzungslose gesetzliche Regellage dar (Art. 786 Abs. 1 OR). Nur im Falle einer statutarischen Festlegung der Verweigerungsgründe i.S.v. Art. 786 Abs. 2 Ziff. 2 OR müsste die Nichteintragung des Erwerbers in einem Berufsregister ausdrücklich als wichtiger Grund für die Verweigerung der Zustimmung aufgeführt

³⁵ Aufsichtskommission Basel-Landschaft vom 30.8.2005, Jusletter vom 15.1.2007.

³⁶ Beschluss Nr. KF060026/U der kantonalzürcherischen Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte vom 5. Oktober 2006, abgedruckt in Jusletter vom 15.1.2007, Ziff. IV.1 ff.

³⁷ Vgl. dazu die unter www.swisslawyers.com den SAV-Mitgliedern im Memberbereich unter der Rubrik „Verbandsmitteilungen/Projektgruppen/Anwaltsgesellschaften“ zur Verfügung stehenden Dokumente zur Gründung einer Anwaltsaktiengesellschaft, die den Auflagen des Beschlusses Nr. KF060026/U der kantonalzürcherischen Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte vom 5. Oktober 2006, abgedruckt in Jusletter vom 15.1.2007, gerecht werden.

³⁸ Siehe zu diesem Erfordernis etwa Beschluss Nr. KF060026/U der kantonalzürcherischen Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte vom 5. Oktober 2006, abgedruckt in Jusletter vom 15.1.2007, Ziff. IV.3.

werden. Ähnliches gilt für das Zustimmungserfordernis bei den besonderen Erwerbsarten nach Art. 788 Abs. 2 OR. Die neu herabgesetzten Mehrheitsanforderungen für die Zustimmung der Gesellschaft (Art. 808b Abs. 1 Ziff. 4 OR) können bei Bedarf statutarisch heraufgesetzt werden (Art. 808b Abs. 2 OR).

Auch der Austritt eines Berufsträgers aus der GmbH kann nach Art. 822 Abs. 2 OR von der Bedingung abhängig gemacht werden, dass hierdurch die Kontrollmacht der verbleibenden Berufsträger nicht in Frage gestellt wird.

Wie in der Familiengesellschaft ist auch in der Freiberufler-GmbH die statutarische Einräumung eines Vetorechts (Art. 807 OR) zugunsten eines Berufsträgers vorstellbar. Fraglich ist allerdings, ob die fehlende Mehrheit der Berufsträger bei den Stimmrechten und beim Kapital durch das Vetorecht zugunsten von Berufsträgern kompensiert werden kann. Denn Vetorechte dienen unmittelbar nur der Verhinderung von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung, können diese aber allenfalls mittelbar in Form von Paketlösungen positiv erzwingen.

2.3.2.2 Wahrnehmung der Geschäftsführung durch Berufsträger

Wie bisher kann die freiberufliche Geschäftsführung durch statutarische Regelung ausschliesslich den Gesellschaftern mit Berufspatent einzeln übertragen werden (Art. 809 Abs. 1 S. 2 OR). Für die Vertretung gilt der Grundsatz der inhaltlich nur durch den Gesellschaftszweck beschränkten Einzelvertretungsmacht nunmehr allerdings bereits kraft Gesetzes (Art. 814 Abs. 1 und Abs. 4 i.V.m. Art. 718a OR), so dass die nicht über ein Berufspatent verfügenden Gesellschafter ganz von der Vertretungsmacht ausgeschlossen werden müssen.

2.3.2.3 Erfüllung von Berufspflichten

Die Erfüllung von Berufspflichten wird durch die nunmehr erweitert kodifizierte Treuepflicht der Gesellschafter erleichtert. Sie zwingt auch die nicht im Besitz eines Berufspatents befindlichen GmbH-Gesellschafter, vergleichbar den hierzu vertraglich verpflichteten Hilfspersonen i.S.v. Art. 13 Abs. 2 BGFA, zur Geheimhaltung von Geheimnissen (Art. 803 Abs. 1 OR). Darüber hinaus kann sie die allerdings ggf. sehr weit reichenden Informationsrechte der Gesellschafter (Art. 802 OR) einschränken und bei entsprechender statutarischer Regelung ein die unabhängige Berufsaus-

übung sicherndes Konkurrenzverbot (Art. 803 Abs. 2 S. 3 OR) bedingen³⁹.

2.4 Neue Gestaltungsmöglichkeiten für die Betreiber kapitalintensiver Unternehmen

Der Wegfall des Höchststammkapitals von CHF 2 Millionen ermöglicht nunmehr auch kapitalintensiven Gesellschaften eine angemessene Kapitalisierung⁴⁰, die nicht zuletzt der Vermeidung einer Durchgriffshaftung⁴¹ dienen mag. Kapitalerhöhungen werden künftig auch dadurch erleichtert, dass sie nach der gesetzlichen Regellage nicht mehr eines einstimmig, sondern nur noch eines mit qualifizierter Mehrheit gefassten Gesellschaftsbeschlusses bedürfen (Art. 808b Abs. 1 Ziff. 5 und Abs. 2 OR)⁴².

Die Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital kann bei der Gründung oder in einer Krise der Gesellschaft dadurch angeregt werden, dass den Investoren auf statutarischer Grundlage finanzielle Sondervorteile gegenüber den anderen bzw. bisherigen Stammanteilinhabern gewährt werden. In Betracht kommt etwa die nunmehr gesetzlich durch Verweis auf das Aktienrecht geregelte Schaffung von Vorzugsstammanteilen (Art. 799 i.V.m. Art. 656 OR), die freilich bereits früher von der Praxis anerkannt wurde⁴³. Denkbar ist neu auch die Ausgabe von Genussscheinen (Art. 774a i.V.m. Art. 657 OR).

Die Finanzbasis der Gesellschaft kann schliesslich durch die statutarische Verpflichtung der Gesellschafter zu Nachschüssen gestärkt werden. Die bislang unbegrenzten Nachschüsse sind jetzt zwar auf das Doppelte des Nennwerts der betroffenen Stammanteile beschränkt (Art. 795 Abs. 2 S. 2 OR). Sie können dafür aber von den Geschäftsführern und nicht nur bei einem Bilanzverlust eingefordert werden (Art. 795a OR)⁴⁴. Im Konkursfall bleibt die Nachschusspflicht zudem noch innerhalb von drei Jahren nach dem Ausscheiden des betroffenen Gesellschafters bestehen, sofern die Verpflichtung nicht von einem Rechtsnachfolger erfüllt wurde

³⁹ Zur Ausgestaltung von Konkurrenzverboten nach neuem Recht näher CHAPPUIS, Prohibitions de concurrence, 339 ff.

⁴⁰ Dazu auch BÖCKLI, GmbH-Recht, 11.

⁴¹ Zu den Fallgruppen und zu den Voraussetzungen des ausnahmsweisen Durchgriffs siehe FORSTMOSER/MEIER-HAYOZ/NOBEL, § 62 N 47 ff.

⁴² Näher JACCARD/BARUH, 280 ff.

⁴³ ZK-VON STEIGER, N 6 zu Art. 789 OR.

⁴⁴ Näher CHAPPUIS, Nachschüsse, 86 ff.

(Art. 795d OR). Die das Vertrauen der Gläubiger schützende Regelung ist zwingend.

2.5 Neue Gestaltungsmöglichkeiten im Konzern

2.5.1 Einflussnahme auf die GmbH-Tochtergesellschaft

2.5.1.1 Einflussnahme durch die Muttergesellschaft als Geschäftsführerin?

Der Muttergesellschaft ist es nach wie vor verwehrt, die Geschäftsführung als Gesellschafterin unmittelbar selbst auszuüben, da die juristischen Personen und die als solche mitgliedschaftsfähigen Rechtsgemeinschaften generell und nicht nur als gekorene Geschäftsführer von der Geschäftsführung ausgeschlossen sind⁴⁵. Zwar spricht Art. 809 Abs. 2 S. 1 OR das Erfordernis, dass die Geschäftsführer natürliche Personen sein müssen, neuerdings zunächst nur für „eingesetzte“ Geschäftsführer aus, doch ist bereits fraglich, ob der Gesetzgeber damit einer Differenzierung zwischen gekorenen und geborenen Geschäftsführern das Wort reden wollte. Die von ihm ohne Hinweis auf jegliche Differenzierung gegebene Begründung, wonach nur bei natürlichen Personen eine persönlich zu verantwortende Mitwirkung an der Willensbildung der Gesellschaft gewährleistet sei⁴⁶, trifft jedenfalls auf gekorene wie geborene Geschäftsführer gleichermaßen zu. Es ergibt sich zudem aus Art. 809 Abs. 2 S. 2 OR, wonach die an der Gesellschaft beteiligten juristischen Personen und Handelsgesellschaften „an ihrer Stelle“⁴⁷ eine natürliche Person als Geschäftsführerin zu

⁴⁵ A.A. für die in Selbstorganschaft geführte GmbH HANDSCHIN/TRUNIGER, § 33 N 24 ff.

⁴⁶ Botschaft, 3212.

⁴⁷ Entgegen HANDSCHIN/TRUNIGER, § 33 N 30, ist damit die Substitution in der unmittelbaren Organstellung (vgl. auch die gleich lautenden Formulierungen in Art. 707 Abs. 3 Hs. 2 und Art. 894 Abs. 2 Hs. 2 OR) und nicht die in jedem Fall gegebene und daher nicht gesondert zu regelnde Tatsache angesprochen, dass sich die als solche nicht handlungsfähige Gesellschaft in der Geschäftsführungsausübung durch eine natürliche Person vertreten lassen muss (vgl. auch Art. 54 f. ZGB), die davon ausgeht, dass Art. 809 Abs. 2 S. 2 OR vor dem Hintergrund des Grundsatzes der Selbstorganschaft nicht die Organstellung der Gesellschaft ausschliessen, sondern diese nur zur Bezeichnung einer diese Funktion ausübenden natürlichen Person anhalten möchte. Das Gesetz würde damit vor dem Hintergrund der Handlungsunfähigkeit der Gesellschaft als solcher aber nur eine Selbstverständlichkeit aussprechen, deren Sinn dann nur noch in einer Überleitung zu der in Art. 809 Abs. 2 S. 3 OR getroffenen Regelung (Möglichkeit eines statutarischen Zustimmungserfordernisses) gesehen werden könnte.

bezeichnen haben, dass das Verbot auch für die geborenen Geschäftsführer gilt. Das Wort „gegebenenfalls“ wurde nur eingedenk der Möglichkeit hinzugefügt, dass die betroffenen Gesellschafter auch ganz auf eine Beteiligung an der Geschäftsführung verzichten können. Die restriktive Auslegung von Art. 809 Abs. 2 OR wird auch systematisch durch inhaltlich vergleichbare Regelungen im Gesetz (Art. 552 Abs. 1, 594 Abs. 2, 707 Abs. 3, 894 Abs. 2 OR) und in Art. 120 HRegV bestätigt⁴⁸.

Das Verbot kann man daher allenfalls de lege ferenda in Frage stellen, indem man teilweise mit Recht auf die grundsätzliche Gleichberechtigung juristischer Personen (Art. 53 ZGB), die Zulassung von juristischen Personen zur Geschäftsführung in der einfachen Gesellschaft⁴⁹ und der Kommanditgesellschaft für kollektive Kapitalanlagen⁵⁰, zur nicht exekutiven Organschaft (Art. 730 Abs. 2 OR), zur faktischen Organschaft⁵¹ und zur liquidierenden Geschäftsführungstätigkeit⁵² Bezug nimmt. Verweisen könnte man auch auf ausländische und supranationale Vorbilder im Kapital-⁵³ und Personengesellschaftsrecht⁵⁴. Genauer geklärt werden müsste dann aber, inwieweit die vom Schweizer Gesetzgeber genannte Rechtfertigung des Verbots mit einer Sicherstellung der unmittelbaren persönlichen Verantwortlichkeit der Geschäftsführer im Zivil-, Verwaltungs- und

⁴⁸ Nach eigenem Bekunden strebte der Gesetzgeber nach einer mit Art. 707 Abs. 3 und Art. 894 Abs. 2 OR inhaltlich parallelen Regelung (Botschaft, 3212).

⁴⁹ Dazu bereits oben bei Fn. 7; die einfache Gesellschaft betreibt aber herkömmlich kein kaufmännisches Gewerbe und unterliegt daher ohnehin nicht der handelsrechtlichen Firmen- und Handelsregisterpublizität, so dass der mit der Zulassung einer juristischen Person als geschäftsführende Gesellschafterin verbundene Publizitätsverlust insoweit nicht ins Gewicht fallen kann.

⁵⁰ Dazu bereits oben bei Fn. 9 ff.

⁵¹ Bei dieser handelt es sich aber gerade nicht um eine formelle Organschaft, sondern nur um eine insbesondere auch in Konzernverhältnissen durch Zurechnungs- und Durchgriffsbedürfnisse motivierte Rechtsfigur mit vor allem haftungsrechtlichen Konsequenzen.

⁵² BGE 62 II 284 E.1, wo aber zur Begründung der Differenzierung zugleich auf die Unterschiede zwischen werbender und liquidierender Geschäftsführung hingewiesen wird.

⁵³ So etwa im englischen Recht nach *In Re Bulawayo Market and Offices Company Ltd* [1907] 2 Ch. 458, wobei seit 2006 nach c. 46 cl. 155 des Companies Act 2006 mindestens ein director eine natürliche Person zu sein hat; nach Art. 47 Abs. 1 SE-VO EG/2157/2001 besteht bei der Societas Europaea eine entsprechende statutarische Option im Einvernehmen mit dem Sitzstaatsrecht; gegen die Zulassung juristischer Personen zur GmbH-Geschäftsführung allerdings etwa § 6 Abs. 2 S. 1 dtGmbHG.

⁵⁴ Im deutschen und französischen Personenhandelsgesellschaftsrecht können juristische Personen seit langem als Geschäftsführer fungieren (dazu rechtsvergleichend GUINET-BROBBEL DORSMAN, 237 ff.).

Strafrecht heute noch trägt⁵⁵. Problematisch wäre es zudem, dass die Personen, die die Geschäftsführung dann tatsächlich für die Muttergesellschaft wahrnehmen, aus dem Registerauszug der Tochtergesellschaft nicht mehr ersichtlich wären. Dieses Problem liesse sich freilich durch die Schaffung einer entsprechenden zusätzlichen Publizitätspflicht beseitigen.

2.5.1.2 Einflussnahme durch die Muttergesellschaft als Gesellschafterin

Im Vergleich zur bisherigen Rechtslage werden die Möglichkeiten der Muttergesellschaft, als Gesellschafterin über die Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft einen Einfluss auf deren Geschäftsführung zu nehmen, zunächst dadurch eingeschränkt, dass Art. 810 Abs. 2 OR einen zwingenden Katalog von unabhängig wahrzunehmenden Geschäftsführungsaufgaben enthält⁵⁶. Der ebenfalls zwingende und gegenüber dem Aktienrecht umfangreichere Katalog der unübertragbaren Befugnisse der Gesellschafterversammlung bietet der Muttergesellschaft dennoch zahlreiche Möglichkeiten der direkten und indirekten Einflussnahme.

Zu nennen sind hier zunächst die Möglichkeiten zur direkten Einflussnahme auf die Personalpolitik der Tochtergesellschaft, die in der Praxis auch eine mittelbare Einflussnahme auf die Geschäftsführung ermöglichen: Bestellung und Abberufung von gekorenen Geschäftsführern (Art. 804 Abs. 2 Ziff. 2, 809 Abs. 1, 815 Abs. 1 OR), Festsetzung der Entschädigung der Geschäftsführer (Art. 804 Abs. 2 Ziff. 6, 815 Abs. 5 OR), Entlastung der Geschäftsführer (Art. 804 Abs. 2 Ziff. 7 OR) sowie die Ernennung von Direktoren, Prokuristen und (anderen) Handlungsbevollmächtigten (Art. 804 Abs. 3 OR).

Eine unmittelbare Einflussnahme auf die Inhalte der Geschäftsführung ermöglicht ferner die Einführung bestimmter statutarischer Genehmigungsvorbehalte zugunsten der Gesellschafterversammlung (Art. 804 Abs. 2 Ziff. 17, 811 Abs. 1 Ziff. 1 OR; auch sog. Kompetenzattraktion)⁵⁷. Diese Vorbehalte können sich auch auf bestimmte Entscheide erstrecken, die die Geschäftsführung im Rahmen der ihr nach Art. 810 Abs. 2 OR

⁵⁵ Insoweit wäre dann auch die Bedeutung der subsidiären Verantwortlichkeit des Unternehmens nach Art. 102 StGB zu klären.

⁵⁶ Dazu auch OLIVAR PASCUAL/ROTH, 471 f.

⁵⁷ Näher FORSTMOSER/PEYER, 400 ff.

zwingend zugewiesenen Kompetenzen zu treffen hat⁵⁸. Zumindest nach dem Wortlaut von Art. 811 Abs. 1 Ziff. 1 OR sind die Genehmigungsvorbehalte auch nicht auf wichtigere Entscheide beschränkt⁵⁹, so dass auch weniger wichtige Entscheide der Genehmigung unterworfen werden können, solange das Bestimmtheitsgebot („bestimmte Entscheide“) gewahrt und hierdurch die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft nicht in einer gegen die Treuepflicht der Muttergesellschaft verstossenden Weise beeinträchtigt wird. Für eine Muttergesellschaft, die in der Gesellschafterversammlung nicht über gesicherte Mehrheiten verfügt, kann es dabei von Interesse sein, sich gerade auch für diese Genehmigungsbeschlüsse der Gesellschafterversammlung ein Vetorecht auszubedingen (Art. 807 OR). Es muss in diesem Zusammenhang allerdings auch noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass ein Genehmigungs- und Vetorecht nicht mit einem aktiv auf die Herbeiführung bestimmter Geschäftsführungsmassnahmen gerichteten Weisungsrecht gleichgesetzt werden können⁶⁰.

Eine weitere, gerade für die Konzernsituation bedeutende Gestaltungsmöglichkeit sieht das neue GmbH-Recht in den Art. 804 Abs. 2 Ziff. 13, 808b Abs. 1 Ziff. 7 und 812 Abs. 3 OR vor. Danach können die Geschäftsführer mit Zustimmung aller Gesellschafter oder durch statutarisch vorgesehenen qualifizierten Mehrheitsbeschluss der Gesellschafterversammlung von der Treuepflicht und insbesondere vom Konkurrenzverbot entbunden werden. Sofern der Geschäftsführer zugleich Gesellschafter ist, muss er auch von seiner Treuepflicht als Gesellschafter freigestellt werden, wobei der Betroffene selbst einem Stimmverbot unterliegt (Art. 806a Abs. 3 OR). Fraglich ist allerdings, wie weit diese vom Gesetzgeber ohne inhaltliche Einschränkungen vorgesehene Entbindungsmöglichkeit in der Praxis reicht, gilt es hier doch neben dem die Entbindung legitimierenden (Mehrheits-)Willen der Gesellschafter und dem Konzerninteresse auch die zwingend gerade auch über die Treuepflicht der Geschäftsführer zur rechtlich selbständigen Tochtergesellschaft geschützten Interessen von Gläubigern und Minderheitsgesellschaftern der Tochtergesellschaft zu berücksichtigen. Grundsätzlich unproblematisch sind etwa eine Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht und die Zulassung einer gleichzeitigen Tätigkeit für die Muttergesellschaft.

⁵⁸ Art. 810 Abs. 2 OR steht ausdrücklich unter dem „Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen“ und mithin auch von Art. 811 Abs. 1 Ziff. 1 OR.

⁵⁹ FORSTMOSER/PEYER/SCHOTT, N 67 mit Fn. 95.

⁶⁰ Dazu auch bereits unter 2.3.2.1 a.E.

2.5.2 Vermögensverschiebungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft

Was die Vermögensverschiebungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft anbetrifft, so wurde die Regelung zu den Sachübernahmen zwar auf die eigentlichen Tatbestände der Umgehung der Sacheinlagevorschriften eingeschränkt, doch gehören alle Konzerngesellschaften zu den nahe stehenden Personen i.S.v. Art. 777c Abs. 2 Ziff. 2 i.V.m. Art. 628 Abs. 2 OR.

Die im alten Recht bestehenden Lücken betreffend die Rückerstattung von ungerechtfertigt oder verdeckt ausgeschütteten Gewinnen werden durch das neue Recht geschlossen. Es kommt insoweit nunmehr vollständig das Aktienrecht (Art. 678 f. OR) zu einer entsprechenden Anwendung im GmbH-Recht (Art. 800 OR).

2.5.3 Schutz von Minderheitsgesellschaftern in der GmbH-Tochtergesellschaft

Im Verhältnis zu einer Mehrheitsgesellschafterin wurde der Minderheitenschutz durch die Vereinheitlichung und damit verbundene Herabsetzung der Beschlussquoren für einige wichtige Beschlüsse prinzipiell geschwächt (Art. 808b OR; Ausnahmen Art. 797 und Art. 807 Abs. 2 OR). Dafür haben die Minderheitsgesellschafter im Gegenzug erweiterte zwingende Informations- und Einsichtsrechte⁶¹ erhalten. Ausserdem wird ihnen der Austritt durch die Regelung in Art. 783 Abs. 2 OR⁶² und die Möglichkeit zum Anschlussaustritt (Art. 822a OR) erleichtert. Die Vermögensinteressen von Minderheitsgesellschaftern werden nicht nur durch die neu generell bestehende Haftungsbeschränkung, sondern auch durch die soeben erwähnte Regelung von Art. 800 OR geschützt⁶³.

⁶¹ Dazu bereits oben unter 2.2.3.

⁶² Dazu bereits oben unter 2.2.1 a.E.

⁶³ Siehe dazu auch den Überblick bei BÖCKLI, GmbH-Recht, 22 f.

2.6 Neue Gestaltungsmöglichkeiten für Gemeinschaftsunternehmer

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte mit der neuen GmbH gerade auch eine attraktive Rechtsform für Joint Ventures geschaffen werden⁶⁴. Die spezifischen Vorteile, die die GmbH den Gemeinschaftsunternehmen neu bietet⁶⁵, ähneln dabei weitgehend denjenigen, die sie für Familien- und Konzerntochtergesellschaften sowie kapitalintensive Unternehmen bereithält. Auch hier besteht aufgrund der engen Kooperation der Gesellschafter ein Interesse an der Vinkulierung der Stammanteile⁶⁶, einer gemeinsamen bzw. gegeneinander abgegrenzten Einflussnahme auf die Geschäftsführung⁶⁷ und der Möglichkeit zur Auflösung von Blockaden⁶⁸. Die Aufhebung der Höchststammkapitalgrenze von CHF 2 Millionen ermöglicht zudem die angemessene Kapitalisierung auch grösserer Joint Ventures⁶⁹. Besondere Bedeutung hat in Gemeinschaftsunternehmen die Möglichkeit zur Festlegung von Nebenleistungspflichten. Diese können zwar auch unter dem neuen GmbH-Recht vereinbart werden, doch wurde die Wirksamkeit derartiger Vereinbarungen zum Schutze der verpflichteten Gesellschafter und ihrer Rechtsnachfolger an gewisse inhaltliche und formale Voraussetzungen geknüpft (Art. 796 OR)⁷⁰.

3. Schlussbemerkung

Das revidierte GmbH-Recht bietet einige interessante neue Gestaltungsmöglichkeiten, die sie als Trägerin für viele Unternehmen noch attraktiver machen. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht übersehen werden, dass den GmbH-Gesellschaftern aufgrund der weit reichenden dynamischen⁷¹ Verweisungen auf das Aktienrecht und manche Parallelregelung

⁶⁴ Botschaft, 3258; zur mangelnden Eignung der Aktiengesellschaft für Joint Ventures BÖCKLI, Aktienrecht, § 13 N 480.

⁶⁵ Dazu auch BRECHBÜHL/EMCH, 271 ff.

⁶⁶ Dazu bereits oben unter 2.2.1; speziell für das Joint Venture BRECHBÜHL/EMCH, 276 ff.

⁶⁷ Dazu bereits oben unter 2.5.1.2.

⁶⁸ Dazu bereits oben unter 2.2.5.

⁶⁹ Dies bildete ausdrücklich ein Motiv des Gesetzgebers (Botschaft, 3256); siehe auch BÖCKLI, GmbH-Recht, 11.

⁷⁰ Siehe dazu auch BÖCKLI, GmbH-Recht, 20.

⁷¹ Klarstellend die Botschaft, 3167.

auch einige bislang bestehende Gestaltungsmöglichkeiten genommen und zusätzliche Lasten auferlegt wurden. Dies gilt insbesondere für die Revisionspflicht (Art. 818 Abs. 1 OR), den bundesweiten Firmenschutz (Art. 951 Abs. 2 OR), die Schranken des Erwerbs eigener Anteile (Art. 783 OR) und die Grenzen bei der kapitalunabhängigen Bemessung des Stimmrechts (Art. 806 Abs. 2 und 3 OR). Die steten Verweisungen auf das Aktienrecht halten das Gesetz schlank und sorgen für Kohärenz im Kapitalgesellschaftsrecht. Sie nehmen der GmbH, die mit der zurückliegenden Revision noch mehr im Kapitalgesellschaftsrecht angekommen ist, aber auch einen Teil ihrer Eigenständigkeit und Daseinsberechtigung. Es bleibt daher abzuwarten, ob die GmbH vor diesem Hintergrund in absehbarer Zeit die Aktiengesellschaft als beliebteste Schweizer Gesellschaftsform überholen wird⁷².

⁷² Nach Ansicht von JÖRG/LUCHSINGER GÄHWILER, 504, könne dies nicht ausgeschlossen werden; am 31.12.2006 bestanden jedenfalls neben 175.459 Aktiengesellschaften 92.448 GmbHs (EHRA-Statistik 2006, REPRAX 2007, 65), wobei die Zahl der GmbHs bis zum 31.12.2007 bereits auf 113.322 angewachsen ist (EHRA-Statistik 2007).

Literatur- und Materialienverzeichnis

- BEELER, ADOLF: AG, GmbH oder Einzelfirma?: aktueller Ratgeber für den Unternehmer zur Wahl der richtigen Rechtsform, 4. Aufl., Muri/Bern 2007.
- BÖCKLI, PETER (Aktienrecht): Schweizer Aktienrecht, 3. Aufl., Zürich 2004.
- BÖCKLI, PETER (GmbH-Recht): Das neue schweizerische GmbH-Recht – was ist wirklich neu? Eine Übersicht, in: BÖCKLI, PETER/FORSTMOSER, PETER (Hrsg.): Das neue schweizerische GmbH-Recht, Zürich 2006, 1 ff.
- BÖCKLI, PETER/FORSTMOSER, PETER (Hrsg.): Das neue schweizerische GmbH-Recht, Zürich 2006.
- BÖCKLI, PETER/RUEDIN, ROLAND/VON PLANTA, ANDREAS/DUC, NICOLAS (Hrsg.): Le nouveau droit de la société à responsabilité limitée: Travaux de la journée d'étude organisée à l'Université de Lausanne le 6 octobre 2005, Lausanne 2006.
- BOTSCHAFT zur Revision des Obligationenrechts (GmbH-Recht sowie Anpassungen im Aktien-, Genossenschafts-, Handelsregister- und Firmenrecht) vom 19. Dezember 2001, BBl 2002, 3148 ff.
- BRECHBÜHL, BEAT/EMCH, DANIEL: Die neue GmbH als massgeschneidertes Rechtskleid für Joint Ventures, SZW 79 (2007), 271.
- CHAPPUIS, FERNAND (Prohibitions de concurrence): Les prohibitions de concurrence dans le nouveau droit de la Sàrl (articles 803 et 812 P CO), in: BOHNET, FRANÇOIS/WESSNER, PIERRE (Hrsg.): Droit des sociétés: Mélanges en l'honneur de Roland Ruedin, Basel 2006, 339.
- CHAPPUIS, FERNAND (Nachschüsse): Die Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten von Nachschüssen im neuen schweizerischen GmbH-Recht, SJZ 103 (2007), 85.
- CHAPPUIS, FERNAND (Introduction): Le nouveau droit de la Sàrl: introduction pour le praticien, Basel 2008.
- FELLMANN, WALTER (Rechtsformen): Neue Rechtsformen für Anwaltskanzleien und ihre Auswirkungen auf die Haftung des Anwalts, in: Winterthur Versicherungen (Hrsg.): Haftpflicht des Rechtsanwaltes, Zürich/St. Gallen 2006, 55.
- FELLMANN, WALTER (Zulässigkeit): Zulässigkeit der Aktiengesellschaft als Organisationsform für Anwaltskanzleien – die Beschlüsse der Aufsichtsbehörden der Kantone Obwalden und Zürich, Anwaltsrevue 2007, 22.
- FELLMANN, WALTER/MÜLLER, KARIN: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Das Obligationenrecht [Teil 1]; Abt. 2, Teilbd. 8, Die einfache Gesellschaft: Art. 530-544, 2. Aufl., Bern 2006.
- FORSTMOSER, PETER/MEIER-HAYOZ, ARTHUR/NOBEL, PETER: Schweizerisches Aktienrecht, Bern 1996.
- FORSTMOSER, PETER/PEYER, PATRIK R.: Die Einwirkung der Gesellschafterversammlung auf geschäftsführende Entscheide in der GmbH, SJZ 103 (2007), 397.
- FORSTMOSER, PETER/PEYER, PATRIK R./SCHOTT, BERTRAND: Das neue Recht der GmbH. Einführung und synoptische Darstellung, Zürich/Lachen 2006.
- GNOS, URS P.: Umwandlung einer Anwaltskanzlei in eine Anwalts-AG, REPRAX 2007 (2), 1.
- GUINERET-BROBBEL DORSMAN, ANNE: La GmbH & CO. KG allemande et la «commandite à responsabilité limitée» française, Paris 1998.

- HANDSCHIN, LUKAS: Kaufmännische einfache Gesellschaften, in: ARTER, OLIVER/JÖRG, FLORIAN S. (Hrsg.): Entwicklungen im Gesellschaftsrecht I, Bern 2006, 31.
- HANDSCHIN, LUKAS/TRUNIGER, CHRISTOF: Die neue GmbH, 2. Aufl., Zürich 2006.
- JACCARD, MICHEL/BARUH, EROL: Capital-risque et financement par étapes (staged financing). De nouvelles perspectives suite à la revision du droit de la Sàrl?, GesKR 2007, 280.
- JÖRG, FLORIAN S./LUCHSINGER GÄHWILER, CATRINA: Totalrevision des GmbH-Rechts: baldige Ablösung der AG als bedeutsamste Rechtsform?, ST 2006, 500.
- JUNG, PETER: Die einfache Gesellschaft als Betreiberin eines Kaufmännischen Gewerbes, in: BOHNET, FRANÇOIS/WESSNER, PIERRE (Hrsg.): Mélanges en l'honneur de Roland Ruedin, Basel 2006, 3.
- KOLLER, STEFAN: Aspekte der GmbH-Revision, in: ARTER, OLIVER/JÖRG, FLORIAN S. (Hrsg.): Entwicklungen im Gesellschaftsrecht II, Bern 2007, 223.
- KÜNG, LUKAS: Anwalts-AG – Werdegang und erste Erfahrungen im Rahmen der Gründung der ersten Obwaldner Anwalts-AG, Jusletter vom 15.1.2007.
- KÜNG, MANFRED/CAMP, RAPHAËL: GmbH-Recht: Kommentar: Das revidierte Recht zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zürich 2006.
- MEIER-HAYOZ, ARTHUR/FORSTMOSER, PETER: Schweizerisches Gesellschaftsrecht: mit neuem Recht der GmbH, der Revision und der kollektiven Kapitalanlagen, 10. Aufl., Bern 2007.
- MONTAVON, PASCAL: Droit suisse de la Sàrl, Lausanne 2008.
- NUSSBAUM, MARTIN F./SANWALD, RETO/SCHIEDERGER, MARKUS: Kurzkommentar zum neuen GmbH-Recht, Muri/Bern 2007.
- OLIVAR PASCUAL, GEMA/ROTH, ANDREA PETRA: Organisation der GmbH gemäss revidiertem Recht. Kompetenzordnung und deren Ausgestaltungsmöglichkeiten, ST 2007, 470.
- REBSAMEN, KARL: Die neue GmbH im Handelsregister. Ein Leitfaden für die Praxis, Zürich 2008.
- SIFFERT, RINO/FISCHER, PASCAL M./PETRIN, MARTIN: Stämpfli Handkommentar zum GmbH-Recht. Revidiertes Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Art. 727-827 OR), Bern 2008.
- STAEHELIN, ERNST: Die Anwalts-Gesellschaft: Einzelheiten, Anwaltsrevue 2007, 67.
- VON STEIGER, WERNER: Schweizerisches Privatrecht, Bd. VIII/1 – Handelsrecht, Basel 1976.
- VONZUN, RETO (Rechtsnatur): Rechtsnatur und Haftung der Personengesellschaften, Basel 2000.
- VONZUN, RETO (Anwalts-Kapitalgesellschaft): Die Anwalts-Kapitalgesellschaft – Zulässigkeit und Erfordernisse, ZSR 2001, 447.

